

Tagesbote für Untersteiermark.

Organ der liberalen Partei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Manuscripte werden nicht zurück gegeben.

Abonnementpreis mit Post:
Monatlich 1 Gulden.
Vierteljährig 3 „
Halbjährig 6 „
Jahrespreis 12 „
Einzelnummern 4 kr.

Abonnementpreis für Marburg.
Monatlich fl. 70 kr.
Vierteljährig „ 10 „
Halbjährig „ 16 „
Einzelnummern 4 kr.

N^o. 163.

Marburg, Dienstag 25. Oktober 1870.

IX. Jahrgang

Schule und Kirche.

III.

R. Eine zweite und oft sehr in die Waagschale fallende Ursache, warum Eltern ihre Kinder in derartige Anstalten schicken liegt darin, daß sie dieselben dort leichter absolviren sehen als an den rigoroseren, von weltlichen Lehrern besetzten Anstalten. Es ist dies auch natürlich, wo von den Lehrern selbst ein geringeres Maß von Wissen verlangt wird, kann auch von den Schülern nicht jenes Quantum der erlangten Kenntnisse gefordert werden.

In Frankreich und zum Theile auch bei uns tritt noch der Umstand hinzu, daß es in gewissen Kreisen Mode geworden die Jünglinge und Jungfrauen geistlichen Instituten anzuvertrauen. Ein Gewährsmann schreibt diesbezüglich über die französischen Zustände:

Die ungeheure Begünstigung der Nömlinge von Seite des französischen Hofes namentlich von der Kaiserin mit der herausfordernden Absichtlichkeit zur Schau getragen machte es bald zu einer Hauptbedingung des guten Tones, seine Söhne den Jesuiten, seine Töchter der Herz-Jesu-Schwester u. s. w. zur Erziehung zu geben. Dieser Seyflogenheit huldigen die sonst durchaus nicht zusammengehenden Legitimisten und Bonapartisten in schönster Eintracht.

Wie konnte der geldpropende Bourgeois, der Börsemillionär und all die Napoleonvilze bei einer so noblen Sache zurückbleiben, die der noble Adel mitmacht und auf die man von Allerhöchst oben Allergnädigst Beifall herabzulächeln geruht? Zudem gelten ultramontane Empfehlungen als Freibriefe für die größten Exzesse, als Förderungen für jede Karriere — in Frankreich.

Es läßt sich also mit dem Noblen auch das Nüchtere verbinden. Ueberdies haben die lieben Kinder von den Jesuiten nicht nur keine Anstrengung zu befürchten, sondern auch auf eine möglichst laze Zucht zu rechnen, wenn sie sich nur gut römisch-katholisch gesinnt zeigen, was ja doch die Hauptaufgabe jedes Staatsbürgers ist.

Die Folgen derartiger Erziehung bleiben aber nicht aus; Erstling jeder Regung für wahrhaft Edles und Gutes, Verstand nach jeder Richtung, laze Moral bei oberflächlichen Religionsbegriffen, die wie ein Firnis über alle Handlungen verbreitet sind, sind die gewöhnlichen Konsequenzen auch das sinnlose Jagden nach Geld und auf der anderen Seite das verschwenderische Hinauswerfen desselben auf luxuriöse und sittenlose Unterhaltungen sind ebenfalls mit einer traurigen Folge dieser Erziehungsmethode.

Es wäre zwar sonderbar, wollte man alles Ueble allein dem verderbenden Systeme der Einführung der Klosterschulen zuschreiben, aber so viel ist gewiß, daß die Kirche wenn sie durch die massenhafte Kindererziehung in den klosterlichen Instituten die Macht in der Hand gehabt hätte wirklich bildend auf das Volk zu wirken, sie das nicht gethan hat, weil ihren Gliedern hierbei mehr Feld zur Aktion blieb und ein größerer Vortheil sich darbot.

Möge man an maßgebenden Orten das Spiegelbild „Frankreich“ sich vor Augen halten und in demselben erkennen, wie weit ein nach einer Seite frömm. Indes, nach der anderen Richtung laziöses Volk kommt, möge man in der Strafe dieses Volkes wahrnehmen, daß solche Unterlassungs- und Vergehungsünden sich nicht nur an einer Generation strafen, daß durch sie ein statliches, in Europa tonangebendes Volk

nah an den Abgrund der Vernichtung gebracht wurde, weil ihm der moralische Rückhalt fehlte! Möge man in dem Bilde auch die Ursache der Erscheinung erkennen und ja vorsichtig vermeiden bei uns ähnliche Zustände durch Nachgiebigkeit zu erwecken.

Die Erziehung, die moralische Heranbildung des Volkes, der Familie ist Sache, ja heiligstes Recht und heiligste Pflicht des Staates und eine Veräußerung des Rechtes, eine Vernachlässigung der Pflicht würde sich an ihm selbst strafen. Korporationen, die ihren Satzungen gemäß keine Familie haben dürfen, die Erziehung der Jugend zu Familiengliedern, zu Staatsbürgern anzuvertrauen ohne die strengste Obergewalt, hieße sich selbst das Schwert in die Brust stoßen.

Die einzelnen Staatsbürger selbst aber haben die Pflicht in ihren Kreisen für diese Tendenzen zu wirken und der Ausbreitung anderer Ideen mit Energie entgegen zu treten.

Zeitungschau.

Das „Vaterland“ polemisiert gegen den Aufruf der Verfassungskommission: „An das deutsche Volk in Böhmen“ womit zur Vornahme der direkten Reichsrathswahlen aufgefordert wird, und behauptet, daß, wenn künftighin nicht das Königreich Böhmen, sondern nur administrative Wahlbezirke im Abgeordnetenhaus vertreten sein werden, nicht die Majorität des Landtages, sondern die von jenen verhorrekrzten direkten Wahlen die Vertretung Böhmens vereitelt haben. Zum Schlusse stellt das „Vaterland“ die sehr gewagte Behauptung auf, die nationale Stellung der Deutschen in Böhmen werde durch die Bestrebungen der staatsrechtlichen Opposition nicht gefährdet.

Die „Politik“ bespricht die Stellung der Neutralen zu den beiden kriegführenden Theilen. Die neuorganisirten französischen Armeen seien, wenngleich vom besten Willen befeuert, nicht feldtchtig, während Preußen und seine Verbündeten durch die Bitterungsverhältnisse, Krankheiten u. empfindlich leiden. Trotzdem seien zumal wenn Neuzug zu kapituliren gezwungen, die Chancen für die deutschen Verbündeten bedeutend günstiger und die Folgen einer Einnahme von Paris durch deutsche Waffen seien gar nicht zu ermesen, es würde darüber das Selbstbestimmungsrecht aller an Deutschland angrenzenden Länder leiden, daher sollen die Neutralen ihre Stimme im Interesse eines baldigen und vernunftgemäßen Friedens erheben. Rußland möge die möglichen Folgen eines österreichisch-deutschen Bündnisses erwägen; Englands Suprematie zu See werde durch ein übermächtiges Deutschland bedroht (?), Italien, Oesterreich und die kleinern europäischen Staaten hätten alle ein Interesse daran, daß der Friede vor der Einnahme von Paris geschlossen werde. Zum Schlusse befürwortet die „Politik“, die Annexion Elsaß und Lothringens an Deutschland von einer allgemeinen Abstimmung der Bevölkerung dieser Länder abhängig zu machen.

Die „N. Fr. Presse“ beklagt den Vorgang der preussischen Regierung gegen die belgische Presse, welche sich mit dem Ausdruck ihrer Sympathie auf französische Seite gestellt habe; sie findet diesen Versuch, die Presse eines Nachbarlandes zu maßregeln, unklug und ungerichtet; nicht die belgische Presse in ihrer Gesamtheit sei französisch gesinnt, sondern nur der wallonische Theil, während die flämischen Organe zu Deutschland hinneigen. Die „N. Fr. Presse“ schließt mit der ganz richtigen Bemerkung, daß

Bismarck Unrecht habe die Presse zu verfolgen, denn ihr verdanke er den größten Theil seiner Erfolge.

Die „Presse“ beschäftigt sich mit unseren innern Zuständen und der Sucht des Ministeriums, sich um jeden Preis, sei es auch nur bis zum Frühjahr, zu halten; das Ministerium werde stürzen die „Presse“ gibt aber ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß es das Reich in einen Zustande der Zerrüttung veretzt habe, der nur durch energische, freisinnige Männer beseitigt werden könne. Die „Presse“ schließt mit dem Ausdruck, Oesterreich werde mit einem wahrhaft scharfsinnigen Aufwande von Ungeschicklichkeit regiert.

Der „Banderer“ findet die von neutraler Seite aufgestellten Bedingungen eines Waffenstillstandes vernünftig und billig; die erste Aufgabe nach dessen Abschluß sei die Einberufung der Constituanten, um den definitiven Frieden zu schließen, nachdem die Regierung der nationalen Verteidigung nicht in der Lage ist, gewisse harte Bestimmungen desselben durch ihre Unterschrift zu besiegeln, während der Konstituante diesfalls mehr Autorität zu Gebote steht und die Hände nicht gebunden sind. Sollte die Friedensvermittlung an dem Staarfinne der provisorischen Regierung in Frankreich scheitern, dann sollen, meint der „Banderer“, die Neutralen selbst die Einberufung der Konstituante veranlassen.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ glaubt daß sich Thiers mit dem Gedanken einer Gebietsabtretung vertraut gemacht habe, daß somit mit ihm eine Diskussion möglich sein wird, während Favre sich auf den Standpunkt des verletzten Nationalgefühls gestellt hatte und von Gebietsabtretungen nichts hören wollte. Die größten Schwierigkeiten werden nach der Ansicht der „N. W. T.“ in der Feststellung der Garantien während der Dauer des Waffenstillstandes liegen; weiters entstehe die Frage, ob die verschiedenen Nebenregierungen den von Thiers abgeschlossenen Waffenstillstand respektiren und nicht etwa den Krieg auf eigene Faust fortführen werden. Die Situation sei somit nicht so einfach wie manche anzunehmen geneigt scheinen.

Politische Uebersicht.

Inland.

(Wien.) Die Nachrichten über die fernere Haltung der Regierung gegenüber den direkten Wahlen in Böhmen lauten sehr verschieden.

Nach der einen Meldung hätte es das Ministerium aufgegeben, offizielle Kandidaten für die Wahlen aus dem Großgrundbesitz aufzustellen, nach der anderen würde darüber noch mit den Verfassungstreuen verhandelt.

Das hochoffizielle „Fremdenblatt“ berichtet, daß das Ministerium, den Sieg der Feudalen bei den Wahlen aus der Kurie des Großgrundbesitzes und damit die Vereitlung der Besetzung des Reichsrathes befürchtend, den Verfassungstreuen ein Kompromiß vorgeschlagen habe. Die Kandidatenliste der Verfassungskommission aber habe das Ministerium nicht annehmen können, weil an der Spitze dieser Partei ein so entschiedener Gegner des Ministeriums stehe, wie Fürst Auersperg! Deshalb solle die Verfassungskommission billig sein und von den 15 Abgeordneten der fraglichen Kurie die Hälfte dem Ministerium zugestehen, wofür das Ministerium wieder seine ihm zur Verfügung stehenden Stimmen den Kandidaten der Verfassungskommission zuwenden werde.

Das ist der langen Rede kurzer Sinn; aber Fürst Auersperg scheint keine Neigung zu dem

Geschäfte zu haben und ist von Prag abgereist. Dagegen fahren ein paar Statthalterräthe nun als Stimmwerber durch's Land und sammeln Wahlvollmachten.

Hinsichtlich des Ausgleiches mit den Polen schreiben polnische Blätter übereinstimmend, daß der Ministerpräsident auf seiner letzten Urlaubreise in Lankut mit den politischen Führern der Polen Rücksprache gepflogen und mit ihnen einen Ausgleich zu Stande gebracht hat. Demzufolge übernahm das Ministerium die Verpflichtung die galizische Resolution, mit Ausnahme der Punkte 4 und 8, als Regierungsvorlage vor den Reichsrath zu bringen und deren Annahme mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Weiters soll noch vor Eröffnung des Reichsrathes ein Minister für Galizien ernannt und der galizische Statthalterposten mit einem Polen besetzt werden. Für ersteren Posten soll Grocholsti und für letzteren Graf Heinrich Wodzinski in Aussicht genommen sein. Andererseits sollen sich die Polen verpflichtet haben, die Delegationswahlen vorzunehmen, und überhaupt das Ministerium im Reichsrath zu unterstützen. Auch soll der Herr Minister bei dieser Gelegenheit sich sehr bitter über die halbsittigen Exzellenzen geäußert haben. Viel unwahrscheinlicher klingt aber die Nachricht, daß der Herr Ministerpräsident alle Schuld dieses Mißlingens auf seinen Kollegen Petrino gewälzt, wie auch, daß er überhaupt auf denselben schlecht zu sprechen war.

Der „Ungarische Lloyd“ läßt sich über die Aufgabe der Delegationen aus Wien berichten. Der Schlußsatz lautet:

„Wir brauchen ein Normal-Kriegsbudget, wie es bisher im Reigen der Zwangslagen noch immer nicht zu Stande gebracht wurde. Nun denn, heuer sollte man die erhaltene Lehre beherzigen und ernstlich dazuschauen. Zwar im Plenum der Delegationen und binnen der kurzen Frist, die der Session ausgemessen ist, wird sich das nicht bewerkstelligen lassen. Darum ist ein Ausweg geboten. Wir glauben einen solchen gefunden zu haben, indem wir folgenden Gedanken der Erörterung der Theilnehmenden anheimgeben:

1. Die Delegationen bewilligen in dem Ordinarium des Kriegsbudgets für 1871 vorerst nur dieselbe Summe, die im Vorjahre gewährt wurde; im Extraordinarium wären nur die effektiv erfolgten Ausgaben, sofern sich dieselben als gerechtfertigt erweisen, zu bewilligen; was sonst als präliminierter Aufwand für neue und außerordentliche Zwecke eingestellt erscheint, wird vorerst nicht bewilligt.

2. Die Delegationen designiren aus ihrer Mitte eine Deputation ad hoc, welche auch nach dem Schluß der Delegationsession im Vereine mit den Vertretern der Regierung das Kriegsbudget einer eingehenden Prüfung an der Hand authentischer Erhebungen zu unterziehen und ein Normalbudget festzustellen hat.

3. Die Regierung wird aufgefordert, die Session für 1871 noch im Frühjahr einzuberufen, um der Delegation Gelegenheit zu geben, das Elaborat dieser Kommission zu prüfen und anzunehmen, wobei

4. das Kriegsministerium aufzufordern wäre, etwaige Ersparnisse, wie sie bei dem Normalbudget für 1872 in Kraft treten würden, nach Thunlichkeit auch im Budget 1871 einzuführen. — Diese Methode mag zwar komplizirt erscheinen, aber sie ist bestimmt, das Uebel radikal zu heilen, an dem man seit Langem und fruchtlos knirschte!“

Aus der gegenwärtigen Haltung der ungarischen Oppositionspresse läßt sich vorhersehen, daß die Eröffnung der Reichstagesession zu schweren Anklagen gegen die äußere Politik des Kabinetts benützt werden wird.

(Pest.) Das Abgeordnetenhaus hat am 22. Oktober seine Arbeiten wieder aufgenommen. Nach Erledigung der Formalien gelangt eine Zuschrift des Präsidenten des Schwurgerichtes zur Verlesung, worin die Verurtheilung des Abgeordneten Miletics angezeigt wird. Franz beantragt die Freilassung Miletics, bis das Parlament das Urtheil bestätigt hat. Der Justizminister widerlegt Franz in einer beifällig aufgenommenen Rede. — Eduard Biedny interpellirt den Finanzminister, welches Geheiß den gemeinsamen

Finanzminister zur Aufnahme einer Anleihe zur Bestreitung der Armeekosten berechtige? — Der Antrag Franz's wird Montag verhandelt werden. — Ernst Simonyi beantragt im Namen mehrerer Mitglieder der äußersten Linken, das Haus wolle erklären, daß, so wie es früher seine volle Sympathie der für ihre Unabhängigkeit kämpfenden deutschen Nation zuwendete, es nun dieselbe für die ihre Freiheit gegen einen nunmehr bloß erobrerungslustigen Feind verteidigende französische Nation empfinde. Zugleich möge das Haus die Regierung anweisen, jeden auf die Herstellung des Friedens bezüglichen Schritt nach Kräften zu unterstützen.

Ueber die Haltung der Linken in der gegenwärtigen Session läßt sich „E. P.“ folgendermaßen vernehmen:

Die Linke, welche anfangs so preußenfreundlich war, geräth nun über die blutige Eroberungslust des siegestrunkenen Preuenthums in die verärgerte Entrüstung, sie werde die Regierung mit Anklagen wegen ihrer kraftlosen Politik nach Außen überschütten und sie werde dabei die ungeheure Majorität der ganzen Bevölkerung auf ihrer Seite haben.

Dem Vernehmen nach verlangt Minister Kajner wiederholt seine Entlassung. Magyar Ujsag veröffentlicht einen Brief Kossuth's, in welchem er erklärt, die Wahl in Alt-Kanizja nicht annehmen zu können.

(Lemberg.) Das Gemeindestatut der Stadt Lemberg hat die a. h. Sanction erhalten. Die Bedeutung dieses Aktes, durch welchem ein Statut, in dem ausdrücklich erklärt wird, daß die Zahl der jüdischen Gemeinderäthe ein Drittel nicht übersteigen dürfe, ins Leben tritt, kann man leicht würdigen, wenn man weiß, daß das Ministerium Kajner dieses Statut zweimal zurückgewiesen hat, weil dessen Inhalt gegen die Staatsgrundgesetze verstößt. Es ist dies ein neuer Beleg für die Verfassungstreu des Ministeriums.

(Karbach.) Der Konstitutionelle Verein beschloß eine Petition an das Abgeordnetenhaus, daselbe wolle den Protest der Landtags-Minorität gegen die von der Majorität vorgenommenen bedingten Reichsrathswahlen in Erwägung ziehen und dieselben annulliren.

Ausland.

(Preußen.) Je schwieriger sich für den Augenblick die Lösung der Friedensfrage darstellt, um so begrüsslicher erscheint es, wenn der Bundeskanzler unter dem Donner der Geschütze seine Aufmerksamkeit der Regelung der deutschen Frage zugewendet, um dem im nächsten Monate zusammentretenden Reichstage wenigstens etwas bieten zu können.

Daher erklärt sich denn auch die sonst befremdende Erscheinung, daß die süddeutschen Minister vom Grafen Bismarck eingeladen worden sind, ins Hauptquartier zu kommen.

Aus dem Umstande, daß gleichzeitig der preussische Finanzminister Kamphausen ins Hauptquartier beschieden worden, darf man wohl den Schluß ziehen, daß Graf Bismarck nicht abgeneigt sein würde, jenen beiden Staaten für den Fall ihres Eintrittes in den Nordbund in finanzieller Beziehung Zugeständnisse zu machen. Dafür aber hält der Bundeskanzler um so fester an dem Prinzip der militärischen und politischen Einheit des Nordbundes. Dieses Prinzip will er durch den Eintritt der Südstaaten absolut nicht erschüttern lassen.

Exemptionen auf dem Gebiete der diplomatischen Vertretung sind also von vornherein ausgeschlossen, und alle Zugeständnisse, welche auf dem Gebiete des Militärwesens erwartet werden können, beschränken sich höchstens auf das den Königen von Baiern und Württemberg zu belassende Recht der Ernennung und Beförderung aller Offiziere.

Ueber die Instruktionen, welche die süddeutschen Minister nach Versailles mitgenommen haben, wird mitgetheilt: Die Vollmacht der württembergischen Minister lautet auf vorläufigen Eintritt Württembergs in den norddeutschen Bund laut §. 79 der Bundesverfassung; die durch die gegebenen Verhältnisse des Landes bedingten Modifikationen in volkswirtschaftlicher und militäri-

scher Beziehung bleiben weiterer Berathung vorbehalten.

Sollte diese Berathung im Hauptquartier nicht statthaben können oder bei der Eile der Sache nicht zum Ziele führen, so soll dennoch der Anschluß an den norddeutschen Bund vorerst präliminär festgestellt werden.

Es ist anzunehmen, daß der Großherzog von Baden seinen zu demselben Zweck ins Hauptquartier abreisenden Ministern eine gleichlautende Instruktion längst gegeben hat.

Was Baiern betrifft, so verlautet, daß Herr von Luz (der dortige Justizminister) einen Vertrag entworfen und ins Hauptquartier mitgenommen hat, welchen jüngst der Ministerrath diskutirte. Herr von Bennigsen der bekannte Führer der Nationalliberalen wurde diesen Konferenzen beigezogen.

Belgien. Der „Moniteur belge“ schreibt: „Die Regierung hat aus Deutschland keinerlei Mittheilung erhalten, welche die Annahme einschränkender Maßregeln in Presssachen fordert.“ Der Moniteur stellt auch die Angabe in Abrede, daß die Beziehungen zwischen Herrn v. Balan und dem Minister Anethan wenig angenehme seien. Weiters dementirt das amtliche Organ die Nachricht von der angeblich beabsichtigten gerichtlichen Verfolgung des Journals „Indiektet.“

Luxemburg. Wie wir der „Süddeutschen Post“ entnehmen ist der Statthalter Prinz Heinrich daselbst am 22. Okt. angekommen und enthusiastisch begrüßt worden. Auf der ganzen Fahrt durch die Stadt fanden Manifestationen für die Aufrechterhaltung der Neutralität und Unabhängigkeit des Großherzogthums statt. Auf eine von 28 Gesellschaften, sowie von dem Gemeinderathe der Hauptstadt überreichte Adresse gab der Prinz die Versicherung, daß man fortfahren dürfe, Vertrauen zu den Mächten zu haben, welche den Londoner Vertrag unterzeichnet haben.

Es scheint somit die Bevölkerung einer Annexion von Seite Preußens und dem Eintritte in den Nordbund abgeneigt zu sein.

Italien. Dem „R. B. L.“ schreibt man aus Florenz, die Nachricht, daß der Finanzminister Sella mit deutschen und englischen Bankiers wegen eines Anlehens unterhandelt, ist unrichtig. Marquis Migliorati, der italienische Gesandte in München, jezt auf Urlaub in Florenz, hat das hiesige Ministerium auf geheime Agitationen der ultramontanen Partei in Baiern aufmerksam gemacht, welche dort bei einzelnen Prinzen Widerhall finden sollen.

Migliorati fürchtet, daß diese Intriguen Baiern und Preußen zu einer Italienisch der römischen Frage feindlichen Politik veranlassen könnten. Fürst Doria-Panfil (Römer) wird zum Minister des Königl. Hauses ernannt; er ist mit dem Prinzen Carignan verwandt.

Das Konzil ist zu Grabe getragen; in Rom wurde in mehreren Kirchen ein päpstliches Breve affiziert, welches die aus dem Konzile hervorgegangenen Gesetze und sonstige Werke aufzählt und hinzusetzt: Da die Invasione die dem Papste wie dem Konzile nothwendige Freiheit benimmt, wird das Konzil vom Papste suspendirt und bis zu einem günstigeren Augenblicke verhöben.

Der wohl sobald nicht eintreten dürfte, die Reihe der Konzilien wird wohl das Vatikanische vom J. 1869 geschlossen haben.

England. Die „Times“ und „Daily News“ berichten über die Mission Keratry's nach Madrid. Keratry habe die spanische Regierung ersucht, das Verbot der Ausfuhr von Waffen und Pferden aufzuheben; Prim lehnte es ab weil dies ein Bruch der Neutralität wäre.

General Boyer, der Unterhändler Bazaines ist in London angekommen und soll mit der Kaiserin Eugenie konferirt haben; einem beglaubigten Gerücht zufolge entsandte sich dieselbe der regsten Theilnahme seitens der könig. Familie, so empfing Eugenie kürzlich den Besuch der Prinzessin von Wales.

Ueber die französische Flotte berichteten Passagiere des Dampfers „Grimsby“, daß diese letzten Donnerstag 130 Seemeilen von Helgoland gesehen wurde und daß selbe anscheinend nach Dover zu steuern schien; dieselbe zählte neun Fahrzeuge, darunter ein stark beschädigtes Widderschiff. Der Schiffsverkehr wird als unsicher erachtet.

Vom Kriege

Alle Nachrichten, die vom Kriegschauplage übrigen sowohl in Anzahl als Wichtigkeit nur unbedeutend genannt werden können, werden durch unser heutiges Telegramm überholt, welches wir hier reproduzieren.

Berlin, 24. Okt. Der Abschluß des Waffenstillstandes ist bevorstehend; Frankreich willigt in die Abtretung von Elsaß und Lothringen, desgleichen in die Zahlung einer Kriegsschädigung von 1500 Millionen Franks.

Am 25. d. M. findet eine Zusammenkunft zwischen Thiers und Bismarck statt.

Marburger- und Provinzial-Nachrichten.

Marburg, 25. Oktober.

(Tegetthoff.) In den letzten Tagen sind wieder die erfreulichsten Nachrichten über das Befinden des Vizeadmirals v. Tegetthoff aus Ragbun gekommen.

(Bezirksobmänner.) Der Kaiser hat die Wahlen des Realitätenbesizers und Gemeindevorstehers von Wöllau, Josef Raf, zum Obmann und des Realitätenbesizers in Schönstein, Franz Wirbnig, zum Obmannsstellvertreter der Bezirksvertretung von Schönstein bestätigt.

(Lokales.) Unsere Polizeiorgane scheinen mit Blindheit geschlagen zu sein, sonst wäre es nicht möglich, daß auf dem schönsten Plage der Stadt, dem Domplaz, gegenüber dem Haupteingange in der Ecke des Mauthendorfer'schen Hauses eine ekelerregende Düngerstätte improvisirt wurde. Solche Zustände sind eigentlich begreiflich; wenn der Kopf fehlt, können die Glieder nicht ihre normalen Funktionen ausüben.

(Gasbeleuchtung.) Samstag und Sonntag versagte die Gasbeleuchtung wiederholt ihre Dienste, öffentliche Lokale waren genöthigt zu Kerzenlicht ihre Zuflucht zu nehmen; man hört in Folge dieser Zustände vielseitig das Bedauern aussprechen, überhaupt die Gasbeleuchtung eingeführt zu haben, weil dadurch der Geschäftsbetrieb leide. Doch was kümmert die Klage der Minderbemittelten jene hinlänglich bekannte Persönlichkeit, auf welche die Last der Verantwortlichkeit für diese Mißwirtschaft selbstverständlich fällt.

(Gemeindevorstandswahl in St. Leonhard.) Diese ist für die liberale Partei günstig ausgefallen, gewählt wurden die Herren: J. Urbanschnitz, Franz Leserer, Michael Magdich, Josef Fekonja, Franz Pabst, Josef Sollag, Jakob Birkelbach, Josef Pollanek, Heinrich Sarnitz, als Ersatzmänner die Herren: Josef Raunich, Josef Diemath, Jakob Pabst, Josef Smoll, Georg Bellebil, Josef Fras. Die in St. Leonhard bestehende Uebung, Wahlergebnisse, wie uns mitgetheilt wird, mittelst Trommelschlag zu verkünden, finden wir taktlos und sonderbar.

(Nachahmenswerth.) Ein Ungenannter hat der hiesigen Stadtgemeinde zwei Gulden mit der Widmung übergeben, daß damit unermittelten Schülern der Knabenschule Lehrmittel angeschafft werden; er fügte das sehr schöne Motto bei: „Es handelt sich ungleich mehr darum, Licht! Licht! für Lebende zu beschaffen, als Grabbeleuchtung für Todte.“

(Theater.) Das Lustspiel „Knopflochschmerzen“ gab Herrn Rosen als Baron Trotheim wieder Gelegenheit seine schauspielerische Gewandtheit in ersprießlichster Weise zu zeigen, leider war auch diesmal — keine Gasbeleuchtung und Kerzen erleuchteten den Musentempel. — Die Reprise von „Salon Pipelberger“ wirkte so drastisch wie das erstemal. — Das Haus war sehr leer.

(Vom Gymnasium.) Statt des zur Leitung der Oberrealschule berufenen Professors der Physik und Mathematik, Herrn Josef Ehl, wurde Herr F. Schantl zur Supplirung dieses Lehrfaches an das Gymnasium berufen.

Bermischte Nachrichten.

(Voydfahrten nach Indien.) Mit dem 10. November nimmt der Oesterreichische Lloyd in Triest wieder seine regelmäßigen Fahrten zwischen Triest und Bombay durch den Suez-Kanal auf, welche während des Krieges sistirt waren.

Gerichtshalle.

Vor dem Landesgerichte Wien fand kürzlich eine Strafverhandlung gegen die 3 Waldbauern statt, welche dem Auditorium reichlich Stoff zur Heiterkeit bot. Die Angeklagten Embacher, Bregant und Karchtel hatten in Gemeinschaft, wodurch der Diebstahl als Verbrechen sich qualifizierte aus dem Purkersdorfer-Forste um 7 fl. Holz entwendet.

Die drei Angeklagten überboten sich gegenseitig an Drolligkeit sowohl in ihrer äußeren Erscheinung, wie in ihrem ganzen Auftreten: Sie waren geständig, über Anrathen des Embacher a bitter Holz mit ham gnuma z'haben. „So was halt unserns für la Sünd.“ sagte Embacher, und als ihm der Präsident darauf sagte: „Aber ein Verbrechen ist's.“ antwortete der Angeklagte: „Dös manen dö Herren, weil's der do (der Staatsanwalt) n' Herren sagt, aber der Herr versteht's jo a nöt, wie's bei uns daham zugeht.“

Präs. Das ist der Herr Staatsanwalt, der die Anklage erhebt.

Bregant. I was nöt, i hob den Herrn mei Lebtag nöt g'fehn, hob'n nöt beleidigt und do zieht er gottschämmerli auf uns los.

Präs. Ich habe Ihnen ja schon gesagt, daß dieser Herr die Anklage vertritt.

Bregant. Dös war mir so weit recht, aber worum san die anderen zwa Herren do neben n' g'strenga Herren sitzen (die Botanten) so schön ruhi (ruhig) und der Herr köpelt in an fort.

Der Angeklagte Andreas Karchtel, ein Pflegeohn Bregant's, weiß auf keine Frage Bescheid, ja er weiß nicht einmal, daß die Frage ihn angehe.

Präs. Treten Sie näher. Karchtel will näher treten, wäre aber beinahe in aller Länge hingestürzt.

Er stützt sich so kräftig an den Gerichtstisch, daß das Kreuzig und die Kerzen zu wackeln anfangen.

Breg. Konst nöt Acht geben? Karchtel. Ad' der Vater nöt d'rein, wann der g'strenga Herr was reden möcht.

Nachdem die Angeklagten sämtlich geständig waren, verurtheilte der Gerichtshof Embacher zu vierzehn, Bregant zu acht und Karchtel zu drei Tagen Kerker.

Nach der Urtheilspublikation fragt der Präsident, ob die Verurtheilten zufrieden sind oder Berufung anmelden wollen?

Breg. Won's scho nöt wohlfaier sein konn, man i Bubmer (zu den Mitangeklagten) san mir z'frieden.

Die Mitangeklagten alle im Chor: San mir z'frieden.

Präs. Wann wollen sie denn die Strafe antreten?

Breg. Am Liebsten gar nöt.

Präs. Das ist nicht möglich, doch meine ich, Sie sollen sich es so eitheilen, daß Einer nach dem Andern die Strafe antritt.

Breg. Wann's nöt anders ist, wird's schon's Beste sein.

Präs. Also, wer macht den Anfang?

Breg. Dös than mir uns no überlegen, nöt wahr, Bubma?

Die Angeklagten im Chor: Dös than wir uns überlegen.

Präs. Sie müssen mir das jetzt schon sagen.

Breg. Bubma, than mit losen?

Die Mitangeklagten: Than mir losen.

Nach einer kurzen Pause, während welcher die Verurtheilten gegenseitig die Knöpfe abgezählt hatten, meldet sich Karchtel als Erster zum Strafantritte.

Eingefendet.

Aus Untersteier, 23. Okt. 1870.

Am 24. August wurde beim k. k. Obergerichte in Graz die Beschwerde gegen den k. k. Grundbuchsführer J. M. eingebracht, weil er sich die Freiheit nahm, auf die Thüre des Grundbuchsamtes einen Zettel aufzuschlagen, des Inhaltes: „Den Parteien ist nur zwischen 11 und 12 Uhr die Einsicht ins Grundbuch gestattet.“

und weil dieser Herr wirklich seit jener Zeit bloß seinen Günstlingen den Eintritt auch zu anderen Stunden gestattete.

Seit der Anzeige sind zwei Monate verflossen, aber obiges Moratorium der Rechtspflege, daß nämlich den Parteien nur zwischen 11 und 12 Uhr der Zutritt ins Grundbuch gestattet ist, dauert immer fort, weil das hohe k. k. Obergerichte Graz es bisher nicht der Mühe werth fand, eine den Verkehr so sehr hemmende eigenmächtige Maßregel aufzuheben.

Der Herr Bürgermeister-Stellvertreter F. Stampfl wurde in Nr. 160 des „Z. f. U.“ beschuldigt geäußert zu haben, nur seine Parteigenossen u. die Kasinopartei seien anständige Leute, die Angehörigen der Fortschrittspartei seien Proletarier des Geistes. Nachdem derselbe diese öffentliche Schmähung einer Gegenpartei nicht in Abrede gestellt hat und auch nicht in Abrede stellen konnte, so erlauben sich die Befertigten die Anfrage an jene Herren des Gemeinde-Ausschusses welche sich zur Fortschrittspartei zählen, zu stellen, was sie Angesichts dieses Falles zu thun gedenken und ob sie es mit ihrer persönlichen Würde vereinbar finden an der Seite des gedachten Herrn Stampfl ihres Amtes zu walten. U. v. g. Mehrere Bürger.

Der Schuldiener der Lehrerbildungsanstalt Franz Terschek, fand vor längerer Zeit im Vorhause der Knabenschule eine graue Tüffelhose, und kann der Verlustträger selbe beim hiesigen Stadtmagistrat gegen den gesetzlichen Finderlohn in Empfang nehmen.

Original-Privat-Telegramme.

Petersburg, 24. Okt. Der preussische Militärbevollmächtigte General Werder ist heute Mittag mit einem Brief des Czaren an den König Wilhelm abgereist.

Stuttgart, 24. Okt. General Sukow telegraphirt aus Versailles, 23. Okt.: Vorgestern wurde ein Ausfall von drei französischen Bataillonen mit Artillerie und Mitrailleurseken über die Marne bei Joinville gegen die württembergischen Vorposten bei Champigny vom zweiten Jägerbataillon und Theilen des siebenten Regiments tapfer zurückgeschlagen. Wir zählen 5 Tode und 30 Verwundete.

Berlin, 24. Okt. Gestern mußte ein vom Feldpostrelais Clermont nach Bouziers abgehender Posttransport in Folge eines bei Grand Pré ausgebrochenen Kampfes zwischen preussischen Truppen und Frank-Exkurs nach Clermont zurückkehren.

Brüssel, 24. Okt. Thiers wird vor Beginn der Unterhandlungen sich nach Paris begeben und dort mit Fabre sowohl die Punkte des Vertrages über Abschluß des Waffenstillstandes, als die über einen Vertrag betreffs des Präliminarfriedens festlegen. — Fürst Metternich trifft Vorbereitungen zur Abreise von Tours nach Clairmont Ferrand.

Berlin, 25. Oktober. Die Ueberläufer aus Metz sind so zahlreich, daß man daran dachte, sie zurückzuweisen. Dieselben stehen Fußfällig um ihre Annahme. Die Hungersnoth in Metz soll ihren Gipfelpunkt erreicht haben. Vor Metz wird vom 20. d. gemeldet, Prinz Friedrich Karl reise mit Suite unter Parlamentarflagge auf Metz zu, es fänden Unterhandlungen wegen der Uebergabe statt. Boper war gestern im Hauptquartier des Prinzen Friedrich Karl.

London, 25. Oktober. Die französische Regierung hat mit Londoner Häusern eine Anleihe von 250 Millionen Franks abgeschlossen. Der Emissionskurs ist 85, der Zinsfuß 6 Prozent und die Anleihe in 36 Jahren rückzahlbar.

Brüssel, 25. Okt. Die provisorische Regierung weigert sich als Garantie während des Waffenstillstandes einige Forts von Paris den deutschen Truppen zu übergeben, die Abtretung von Elsaß und Lothringen jedoch wurde akzeptirt.

Der Platzkommandant in Metz bestimmt, für jeden Erwachsenen täglich 5 Viertel pfund Brod.

